

SE „Staatszerfall, Parastaatlichkeit und Bandenkriege“

LV-Leiter: Univ.Prof.Dr. Eva Kreisky

Theoriegeleitete exemplarische Area-Studies III

Afghanistan

WS 2003/2004

Nina Abedin-Zadeh 9950821

Christina Huber 0006896

Karl Kanda 9902151

Petra Lottes 9408472

Roman Schmideder, 9805862

Marlies Schweitzer 9902512

Marcus Strohmeier 9400547

Roman Wallner 9652349

Seit jeher stand Afghanistan wegen seiner geostrategischen Schlüsselposition in Zentralasien im Brennpunkt fremder Interessen, sowohl der Nachbarstaaten als auch der Großmächte. Über Jahrhunderte wurde Afghanistan im Wechsel von Griechen, Indern, Arabern, Mongolen und Persern beherrscht. Durch seine Gebirge und Wüsten ist das kleine Land Puffer zwischen den asiatischen Großreichen. Zugleich ist es durch wichtige Passstrassen Bindeglied der Staaten (Khaiber-Pass). Die Afghanen, die ihrem mächtigen nördlichen Nachbarn Russland immer misstrauten, haben zu allen Zeiten Unterstützung und Hilfe bei den Europäern und den Vereinigten Staaten gesucht. Vielfach sind sie aber trotzdem auf Gleichgültigkeit ihrem Land gegenüber gestoßen.

Von den 18,6 Millionen Bewohnern Afghanistans leben ca. 5 Mio. als Flüchtlinge in Pakistan und im Iran. Der Bevölkerungsschwerpunkt liegt in den östlichen Randgebieten entlang der Achse Kandahar- Kabul; in den städtischen Gebieten wohnen nur 17 Prozent der Bevölkerung. Bis auf wenige eingewanderte Hindus und Sikhs sind alle Afghanen (98%) Moslems. Fast 90% davon sind Sunniten (Anhänger der Sunna), eine Hauptkonfession des Islams. Der Islam wird mit nationaler Identität gleichgesetzt und prägt alle Lebensbereiche.

Historische Grundlagen

1747 - selbstständiges Emirat

Das bislang von Persien unterworfenen Afghanistan wird unter Ahmed Shah Durrani ein selbstständiges Emirat mit der Hauptstadt Kandahar. 1773 wird Kabul Hauptstadt.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts - zeitweiliger Zerfall Afghanistans

Das afghanische Emirat löst sich in einzelne Khanate auf. Das erleichtert insbesondere Russland und der von Britisch-Indien aus agierenden britischen Kolonialmacht, Teile des afghanischen Gebietes zu kontrollieren. Russland sieht eine Chance, den schon lange erstrebten Zugang zu den südlichen Meeren (Persischer Golf und/oder Indischer Ozean) zu erlangen. Großbritannien will dieses russische Vorhaben verhindern und das eigene Kolonialreich ausdehnen.

1839/1842 - afghanisch-britischer Krieg

Unmittelbar nach der formalen Wiederherstellung eines afghanischen Staates versucht Großbritannien das Land im ersten afghanisch-britischen Krieg zu erobern. Den Briten gelingt die Einnahme von Kandahar. 1842 wird dann aber das knapp 20.000 Man starke

britische Heer fast völlig aufgerieben. Afghanistan kann sich als relativ selbstständiger Staat behaupten.

1878/80 - zweiter afghanisch-britischer Krieg

Während des zweiten afghanisch-britischen Krieges können die britischen Streitkräfte einige wichtige Punkte des Landes besetzen – so den Khaiber-Pass und zeitweilig auch Kabul. Die Auseinandersetzungen, in die auch Russland eingreift, enden mit einem Kompromiss: Formal kontrolliert Großbritannien insbesondere die Außenpolitik von Afghanistan. Es wird aber gar nicht erst der aussichtslose Versuch unternommen, das Land zu besetzen. Außerdem kann Großbritannien auch gar nicht verhindern, dass auch Russland in Afghanistan seine Interessen wahrnimmt. Die ländlichen Gebiete lassen sich auch durch den Emir von Afghanistan nur locker verwalten.

1919 - dritter afghanisch-britischer Krieg

Im dritten afghanisch-britischen Krieg kann Emir Amanullah mit Unterstützung von Sowjetrussland und der sich gerade erst herausbildenden Sowjetrepublik Buchara gegen die britische Besatzungsmacht behaupten. Dieser Krieg endet wie vorherige mit dem Verzicht einer Seite – in diesem Falle Großbritanniens - sich auf weitere verlustreiche Kämpfe einzulassen.

1921 - volle Unabhängigkeit

Emir Amanullah erreicht die volle Unabhängigkeit seines Landes. Er setzt sich als Amanullah Shah an die Spitze des Königreiches Afghanistan. Volle Unabhängigkeit bedeutet aber auch, dass Großbritannien, Sowjet-Buchara und Sowjet-Russland über starken Einfluss im Lande verfügen. Es gelingt aber dem Reformorientierten Amanullah durch geschicktes Taktieren zwischen den Großmächten zu verhindern, dass Afghanistan unter alleinigen Einfluss eines Landes gerät. Amanullah verfügt in den nächsten Jahren wichtige Reformen für das Land – so gewährt er Frauen weitaus größere Rechte, als sie zu diesem Zeitpunkt in manchem Industrieland schon per Gesetz verfügt wurden. Im Ausland – zum Beispiel in der Sowjetunion – erntet Amanullah für sein Reformwerk viel Beifall. Durchsetzen kann er diese Reformen im Lande nur partiell.

1928 - Sturz Amanullah

Amanullah wird von Reformgegnern gestürzt. Im Lande brechen mehrjährige bürgerkriegsähnliche Kämpfe aus. Verwandte der Königs übernehmen zwar nach einigen Monaten wieder die Macht im Lande. Sie rufen aber Amanullah nicht wieder ins Land zurück und schwächen den Reformkurs deutlich ab.

1933 - Zahir Shah wird König

Zahir Shah übernimmt die Herrschaft im Lande. Der neue König, ebenfalls aus der Familie Amanullah stammend, setzt zurückhaltend die Politik Amanullahs fort. 1964 setzt Zahir Shah eine von ihm selbst entworfene Verfassung in Kraft, die insbesondere die Rechte der Königsfamilie deutlich beschneidet und 1965 die Wahl eines ersten Parlamentes ermöglicht. Außenpolitisch setzt auch Zahir Shah auf eine Politik des Ausgleichs zwischen den Großmächten. Innenpolitisch setzt er auf vorsichtige Reformen. Politische Gegner werden – wie in andern Ländern des Mittleren und Nahen Ostens – scharf verfolgt. Darunter befinden sich auch der heutige "Staatspräsident" der Nordallianz, der islamistische Extremist Rabbani, der Reformen Zahir Shahs bekämpft, ebenso wie prosovjatische Kräfte.

1973 - Mohammad Daoud stürzt Zahir Shah

Während einer Abwesenheit von Zahir Shah stürzt Prinz Mohammad Daoud den König und errichtet eine autoritär geführte Präsidialrepublik. Vor allem in der Armee gewinnen sowjetische Berater jetzt einen überwiegenden Einfluss.

1978 - Saur-Revolution

Auf die Verhaftung führender Mitglieder der prosovjatischen Demokratischen Volkspartei reagieren prosovjatische Militärs mit einem Umsturz, bei dem Präsident Daoud getötet wird. ("Saur-Revolution") Die Macht im Land übernimmt ein Revolutionsrat mit dem Dichter Nur Mohammad Taraki an der Spitze. Noch im gleichen Jahr unterzeichnen Afghanistan und die Sowjetunion einen Freundschaftsvertrag, der auch militärischen Beistand vorsieht. Die regierende Volkspartei besteht zu diesem Zeitpunkt aus zwei einander befehdenden Gruppen: Parcham ("Fahne") und "Khalq" ("Volk"). Taraki wird schon nach wenigen Monaten Opfer dieser Fehde – sein Gegner Hafizullah Amin lässt Taraki ermorden. Versuche, das Land binnen kürzester Frist zu modernisieren (überstürzte Agrarreform und anderes), rufen Widerstand im Lande hervor. Dieser Widerstand nimmt auch bewaffnete Formen an. Unterstützung erhalten bewaffnete Gruppen schon jetzt durch Pakistan, den Iran und die USA.

1979 - Sturz Amins und sowjetischer Einmarsch

Nach mehrfacher Aufforderung von Amin treffen sowjetische Truppen in Afghanistan an. Diese Truppen unterstützen die parteiinternen Gegner Amins und tragen zum Sturz Amins bei, der dabei liquidiert wird. Öffentlich heißt es, ein Revolutionstribunal habe Amin zum Tode verurteilt. Weder die sowjetischen Truppen noch die des neuen Partei- und Staatschefs Babrak Karmal können den Widerstand in den ländlichen Regionen brechen. Trotz

technischer Überlegenheit erleiden auch die sowjetischen Truppen schwere Verluste. Mindestens 1,5 Millionen Menschen werden bei diesen Kämpfen getötet. Mehr als eine Million erleidet schwerste körperliche Schäden durch Minen. Die Zahl der Flüchtlinge wird auf fünf Millionen geschätzt.

1986 - Nadschibullah löst Karmal ab

Karmal wird durch Nadschibullah abgelöst. Seine Versuche, eine Mehrparteienregierung zu installieren scheitern. Auch Nadschibullahs Annäherung an den Islam – so erweitert er auch seinen Namen um "Mohammad" – bleibt ohne Resonanz bei der Opposition.

Sommer 1989 - sowjetischer Abzug

Die letzten sowjetischen Truppen verlassen das Land. Dennoch kann sich die Regierung Nadschibullah in den größeren Städten behaupten.

April 1992 - Sturz Nadschibullahs

Die Einstellung russischer Hilfe und der Frontwechsel General Dostums ermöglichen den Sturz Nadschibullahs. Kabul wird von den Mudschaheddin eingenommen. Zwar wird eine Mehrparteienregierung gebildet. Es gelingt aber nicht einmal, alle Regierungsmitglieder zur Zusammenarbeit zu bewegen. Im Land brechen neue Kämpfe aus. Die verfeindeten "Regierungsparteien" zerstören bei diesen Kämpfen auch Kabul.

1992 - Rabbani, Masud und Dostum übernehmen in Kabul die Macht

Der islamische Extremist Rabbani übernimmt mit Hilfe von Ahmad Shah Masud und Rashid Dostum die Herrschaft in Kabul. Ein anderer Extremist, Gulbuddin Hekmatyar versucht gegen die neuen Herrscher anzurennen. Bei diesen Kämpfen wird Kabul weitgehend zerstört. Dostum wechselt in der folgenden Zeit mehrfach die Fronten. So verbündet er sich auch mit Hekmatyar. Schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden von allen Seiten begangen

1994 - Taliban dringen in Afghanistan ein

Von Pakistan aus dringen die Taliban ins Land. Da die Taliban- Herrschaft in weiten Gebieten des Landes die Bandenkriege beendet, finden die Taliban zunächst auch vielerorts Unterstützung. Vor allem in den ländlichen Regionen ändert sich an realen Rechtsordnung wenig. Die meisten Stammesführer bleiben an der Macht und akzeptieren die Herrschaft der Taliban. In den Städten werden vor allem die Rechte der Frauen noch weiter beschränkt, als das bereits unter der Herrschaft der verschiedenen Mudschaheddin üblich war.

1996 - die Taliban erobern Kabul

Die Taliban nehmen Kabul ohne größeren Widerstand ein. Zuvor hatten sich noch Rabbani und Hekmatyar verbündet. Die Taliban drängen die ihnen feindlich gesinnten Truppen in Richtung Norden zurück. Auch der Hauptort Mazar-i Sharif wird einige Monate später von den Taliban kontrolliert.

1996 - Bildung der "Nordallianz"

Angesichts des Vormarschs der Taliban schließen sich einige Truppen im Norden Afghanistans zusammen und bilden eine eher virtuelle Nordallianz. Hauptkräfte sind die Kämpfer des Tadschiken Ahmad Shah Masud und des Usbeken Rashid Dostum.

2001 - Sturz der Taliban- Herrschaft

Nach dem militärischen Zusammenwirken mit der von den USA geführten Allianz übernehmen die früheren Stammesführer im größten Teil des Landes wieder die Kontrolle. In Kabul wird unter Hamid Karsai eine Übergangsregierung installiert, die für ein halbes Jahr amtierend soll. Die Taliban verschwinden von der politischen Bühne.

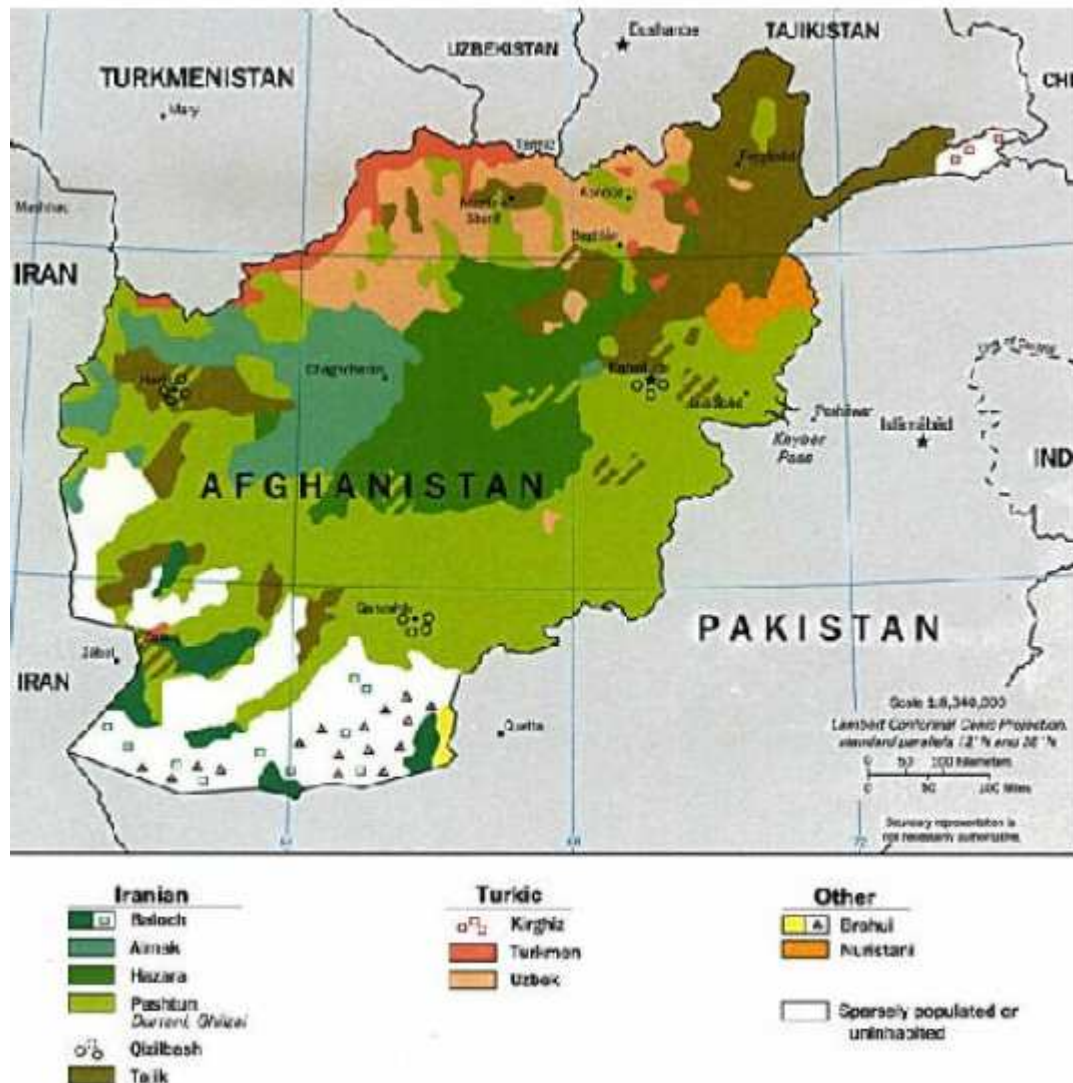
Dezember 2001 - Petersburger Konferenz

Auf der Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn vereinbaren die Vertreter verschiedener konkurrierender Kräfte Afghanistans die Schaffung einer Übergangsregierung. An die Spitze dieser Regierung tritt Hamid Karsai, der vor allem das Vertrauen der Amerikaner besitzt. In der Regierung nehmen die Vertreter der tadschikischen Warlords die wichtigsten Positionen ein. Vereinbart wird zudem, dass der Ex-König eine einzuberufende Loja Dschirga eröffnen soll.

2002 - Loja Dschirga wählt Karsai zum Präsidenten

Auf einer turbulent verlaufenden Loja Dschirga wird Karsai zum Präsidenten gewählt. Seiner Regierung gehören weiter zahlreiche Warlords an, die für den Bürgerkrieg hauptverantwortlich waren. Ein großer Teil der Delegierten der Loja Dschirga ist demokratisch bestimmt worden, was Beobachter als einen Fortschritt werten. Zahlreiche Delegierte sind aber auch mit Hilfe von Gewalt und auch Mord zu ihrem Mandat gekommen. Der Ex-König wird auch auf Druck der Amerikaner zu einer Erklärung genötigt, auf Staatsämter zu verzichten.

Ethnische Gruppierungen



Ethnolinguistische Karte Afghanistans (Quelle: Universität Texas: www.lib.utexas.edu/maps/afghanistan.html)

Afghanistan ist zwar bemerkenswert reich an kulturellen, sprachlichen, religiösen und anderen differenzierenden und ordnenden sozialen Kategorien, was aber *per se* kein Grund für Konflikte und auch kein Hindernis für Frieden und Wiederaufbau ist. Es kann jedoch nicht übersehen werden, dass die ethnischen Differenzen in wachsendem Maße eine Rolle auf verschiedenen Konfliktebenen spielen und dafür instrumentalisiert werden. Die bedeutendsten der so genannten ethnischen Gruppen Afghanistans wie die Paschtunen, Tajiken, Hazarans und Uzbeken sind keine vergleichbaren sozialen Kategorien und auch keine politisch handelnden korporativen Einheiten. Weder die Paschtunen noch die Hazarans waren jemals eine geschlossene Gruppe, die in einem Konflikt gemeinsam und koordiniert als Ganzes hätte agieren können. Sie konnten nicht einmal *en groupe* Frieden oder Feindschaft

aussprechen. Die Tajiken etwa, die oft als größter Gegenpol der Paschtunen genannt werden, sind besonders schwer zu einzuordnen, weil es weder interne noch externe Kriterien gibt, die Tajiken von nicht Tajiken klar genug unterscheiden könnten.

Die ethnische Vielfalt in Afghanistan drückte sich vor Kriegsbeginn in einer gesellschaftlichen Schichtung aus. Die Paschtunen erschienen nach außen hin als die staatstragende Ethnie. Sie stellten von 1747 bis 1973 mit dem Königshaus, das dem durranischen Stammesverband angehört, die Spitze des Landes. Auch die traditionelle Elite bestand in ihrer Mehrheit aus paschtunischen Adligen. Die Tadschiken bildeten den Großteil der Mittelschicht, weshalb sie die Wirtschaft und staatliche Verwaltung dominierten. Die Usbeken hatten auf den afghanischen Machtapparat nur wenig Einfluss und waren weitgehend auf ihren Siedlungsraum beschränkt. Die Hazara bildeten aufgrund ihres turko-mongoliden Aussehens und ihrer schiitischen Konfession eine marginalisierte Ethnie, die weitgehend von der Partizipation an den gesellschaftlichen Ressourcen ausgeschlossen blieb. Doch war die "Ethnie" für die afghanische Bevölkerung vor 1978 eine abstrakte Identifikations- und Handlungsgröße, die wahrgenommen wurde, aber nur selten ethnisch motivierte Handlungen auslöste.

Im Vielvölkerstaat bilden die Paschtunen (Pathanen) mit einem Anteil von mehr als 40% an der Gesamtbevölkerung die dominierende Gruppe und stellen auch den Hauptteil der Nomaden. Paschtunen gelten als „echte Afghanen“ und sind vorwiegend in Verwaltung, Politik und Militär tätig. Der ca. 27- prozentige Anteil der Tadschiken (Händler, Handwerker) bildet die Mittelschicht des Landes. Usbeken und Hazara (Kleinbauern, Industriearbeiter und Diener) stellen einen Anteil von je ca. 10%. Landes- und Amtssprachen sind Paschtu und Dari, daneben existieren eine Vielzahl von anderen Sprachen und Dialekten. Englisch wird als Handelssprache gebraucht, Russisch seit 1980 als Bildungssprache.

Ethnische Identität ist nicht beschränkt auf die eigenen Ansichten und Einstellungen, sondern schließt auch den Blick von außen ein. Die Taliban z.B. wurden von außen als exklusive Paschtunen- Partei betrachtet, obwohl ihr Programm eigentlich die Abschaffung ethnischer Grenzen und ethnischen Denkens vorsah. Die Taliban- Bewegung entstand in Südafghanistan, wo der weitaus größte Teil der Bevölkerung paschtunisch ist. So blieb es nicht aus, dass die Mehrheit unter den Führern und Anhängern der Taliban ebenfalls paschtunisch war und Paschtu sprach. Da die Taliban während ihrer raschen Wachstumsphase von 1994 bis 1996 nichts gegen die Sprachbarriere innerhalb ihrer Organisation unternahm, entstand in der Tat ein internes Kommunikationshindernis für alle potentiellen Anhänger, die nicht fließend Paschtu sprachen. Hinzukommt, dass man auch in

Afghanistan Menschen, deren Sprache man ohne Mühe versteht und deren Mundart die eigene ist, eher vertraut als anderen. Obwohl die Taliban- Bewegung ursprünglich von Uzbeken ausging¹¹, war ihre Paschtunisierung nun ein eigendynamischer Prozess geworden, der von den Gegnern noch verstärkt wurde, die bewusst einem bekannten Muster folgend die ethnische Karte spielten, indem sie vorhandene ethnische Ressentiments gegen den als paschtunisch identifizierten Gegner ins Feld führten. Sobald sich die Taliban in die Enge getrieben fühlten, reagierten auch sie mit erheblicher ethnischer Diskriminierung, so kam es in den Jahren 2000-2001 zu ethnisch motivierten Massakern der Taliban im Hazarajat. Die fortschreitende Ethnisierung des Konfliktes erschwerte es wiederum auch jenen Paschtunen, die die Taliban ablehnten, sich der nicht paschtunischen Opposition anzuschließen. Auch nach dem Verschwinden der Taliban ist diese Kluft nicht überwunden, noch vor wenigen Monaten wurden Tausende von Paschtunen aus Nordafghanistan vertrieben.

Die Paschtunen

Bilden die Bevölkerungsmehrheit in Afghanistan. Sie haben keine einheitliche politische Vertretung. Sie stellen jedoch die Mehrheit der Anhängerschaft der Hesb-e-Eslami von Gulbuddin Hekmatjar und der Taliban. Pakistan hat lange Zeit auf Hekmatjar gesetzt, heute unterstützt es hingegen die Taliban. Die Paschtunen versuchen ihren dominierenden Einfluss in Afghanistan zu erhalten und streben eine Rückkehr zum Status quo ante an. Die meisten Paschtunen dagegen zeichnen sich durch ein recht deutliches ethnisches Selbstverständnis aus.

Als Identifikationsmerkmale dienen vor allem die paschtunische Sprache ein einheitliches Stammessystem auf der Grundlage eines umfassenden Stammbaums.

östlichen Paschtunen haben auch einen Kodex von sozialen Normen und Werten entwickelt, das *pashtunwali*, durch den sie sich positiv von anderen Ethnien zu unterscheiden glauben. In den meisten Fällen kommt kaum Zweifel auf, wer Paschtune ist und wer nicht. Lediglich den Grenzen des traditionellen paschtunischen Siedlungsgebietes und in den Großstädten verschwimmen die Linien, und es entsteht ein Bereich der interethnischen Mobilität und Flexibilität. Auch das Paschtu wurde von vielen städtischen Paschtunen in Kabul und von sehr vielen Paschtunen in Westafghanistan zugunsten des Persischen aufgegeben. Es gibt Beispiele ethnischer Gruppen, die sich laut eigener Überlieferung von den Paschtunen abgespalten haben (z.B. die Taymani), und andere, die den Paschtunen beigetreten sind, z. B. der bedeutende Stamm der Safi der sich noch vor ca. 100 Jahren nicht zu den Paschtunen gezählt hat.

Die Tadschiken

Stellen ein Drittel der Bevölkerung. Sie sind persischsprachig, aber dennoch Sunniten. Sie finden sich in der Dschamiat-e-Eslami des ehemaligen Präsidenten Burhanuddin Rabbani wieder. Rabbanis starker Mann ist Ahmed Schah Massud.

Die Hazara

Etwa 15 Prozent der Bevölkerung. Sind Schiiten - im Unterschied zu den zuvor genannten Ethnien. Sie sind mit der Hesb-e-Wahdat verbündet, einer vom Iran unterstützten Bewegung, deren Führer Scheich Abdul Ali Ma-sari von den Taliban erschossen wurde. Sie beanspruchen ein Drittel der Sitze im Parlament.

Die Usbeken

Den Usbeken geht es vor allem darum, als Gemeinschaft anerkannt zu werden. Ihr Vertrauen gilt General Raschid Dostam, von Jumbesh-i-Milli Islam früher Verbündeten der kommunistischen Regierung. Dostam wird noch immer von Russland und dem benachbarten Usbekistan unterstützt. Denn beide Staaten möchten zwischen dem Fundamentalismus und Zentralasien gern eine Pufferzone beibehalten.

Die anderen Minderheiten (Belutschen, Nuristani, Turkmenen usw.) spielen auf der politischen Bühne Afghanistans nur eine untergeordnete Rolle.

Übersicht über die größten ethnischen Gruppen in Afghanistan, ihre vorherrschende Sprache und Religion sowie ihre geschätzte Anzahl (Stand: 1978)

Ethnie	Sprache	Konfession	Zahl (in Mio.)
Paschtunen	Paschtu	Sunniten	4,8 - 7,0
Tadschiken	Dari (= Persisch)	Sunniten	2,0 - 3,6
Usbeken	Usbekisch	Sunniten	0,7 - 1,3
Hazara	Dari	Schiiten	0,8 - 1,1
Aimaq	Dari	Sunniten	0,5 - 0,8
Farsiwan	Dari	Schiiten	0,6 - 0,6
Turkmenen	Turkmenisch	Sunniten	0,1 - 0,4
Belutschen	Belutschisch	Sunniten	0,1 - 0,2
Nurestani	Nurestani-Sprachen	Sunniten	0,1

Afghanistan im Blickfeld der „Neuen Kriege“

Afghanistan zählt, wie auch Jugoslawien, Somalia, Liberia und Sierra Leone zu den sogenannten Staatszerfallskriegen. Im öffentlichen Diskurs dienen Beispiele gescheiterter Staatsbildung als Argumentation für die Notwendigkeit von internationalen Interventionen, gerechten Kriegen.

Münkler bezeichnet Afghanistan als *failed State* und sieht in dem die Erscheinungsformen der neuen Kriege. Alle Kriege in den letzten zehn bis zwanzig Jahren, schreibt Münkler, entwickelten sich an den Rändern und Bruchstellen der einstigen Imperien, die bis zu Beginn des vorigen Jahrhunderts die Welt beherrscht und unter sich aufgeteilt hatten.¹ Afghanistan hatte sich ähnlich der vorhergehenden These, während des 19ten Jahrhunderts zu einer Pufferzone zwischen dem vordringenden Zarenreich und der britischen Herrschaft auf dem indischen Subkontinent herausgebildet und behielt diese Funktion bis ins 20. Jahrhundert. Als die Sowjetunion Ende der siebziger Jahre innerafghanische Auseinandersetzungen auszunutzen suchte, begann ein sich über mehr als zwei Jahrzehnte erstreckender Krieg, der schließlich im Zerfall sämtlicher Staatsstrukturen in Afghanistan endete. In den achtziger Jahren traten die USA, zugleich auch im Zuge des Kalten Krieges als indirekter Widerpart der Sowjetunion auf und versorgten die antisowjetischen Mudschaheddin mit Waffen und Geld. Nach dem Abzug der Russen trat der pakistanische Staat an deren Stelle. Pakistan erhoffte durch die Installierung eines befreundeten Regimes in Kabul ein Gegengewicht zu Indien zu schaffen.

Die AkteureInnen sind nicht staatlich organisierte Heere, sondern Warlords als UnternehmerInnen und SöldnerInnen als Angestellte. Diese lokalen Kriegsherren treten als Protagonisten der Entstaatlichung der Kriege und der Gewaltanwendung auf.² Die Warlords unterschieden sich von einfachen Kriegen – und Milizkommandanten dadurch, dass sie umfassendere Macht in allen militärischen, zivilen und ökonomischen Bereichen einer Region ausüben. Heute legitimieren sich die Warlords in Afghanistan mit zwei Argumenten:

1. Sie sagen, da sie ihr Land von den Sowjets, den Taliban und al-Qaida befreit hätten, komme ihnen jetzt eine prominente Rolle in der Führung des Landes zu, und wenn ihnen diese Rolle nicht eingeräumt werde, nähmen sie sich selbst, was ihnen zustehe.

¹ Vgl. Münkler, Herfried (2002). Die neuen Kriege, Reinbeck bei Hamburg. S.13

² Vgl. Münkler, Herfried (2002). S.34ff

2. Außerdem behaupten sie, da es derzeit keine staatliche Gewalt außerhalb Kabuls gebe, die die Bevölkerung schützt, müsse es jemanden geben, der in der Lage sei, Teile des Landes so lange zu beherrschen, bis wieder eine zentralstaatliche Ordnung erkennbar sei. Dazu seien nur die Warlords imstande. Der Herater Warlord Ismail Khan kann sogar geltend machen, dass dank seiner Bemühungen Herat schneller wiederaufgebaut würde und sich rascher entwickelt als alle anderen Städte und Provinzen des Landes.

Übersicht über die heute wichtigsten Warlords:

Name	Hauptstützpunkt/Gebiet	Partei	unterstützt von
Abdul Karim Khalili	Bamyan, Hazarajat	Hizb-e Wahdad	Iran, ATA*
Abdul Rashid Dostum	Shiberghan, usbekisches Siedlungsgebiet	Jumbesh-e Milli-ye Afghanistan	Uzbekistan, Türkei, USA
Abdul Rab Sayyaf	Paghman, westl. Kabul	Ittihad-e Islami	Saudi Arabien
Amanullah Khan	Shindand, südlich von Herat		Kandahar, Pakistan ?
Burhanuddin Rabbani	Badakhshan	Jamiat-e Islami	Russland, Tajikistan, Iran
Gul Agha Sherzai	Kandahar		USA, Pakistan, ATA
Gulbuddin Hekmatyar	Kunar, Kunduz, südl. v. Kandahar	Hizb-e Islami	arabischen Islamisten, al-Qaida (?)
Hazrat Ali	Jalalabad, Darra-ye Nur	Shora-ye Nizar	Gen. Fahim, ATA
Ismail Khan	Herat, Westafghanistan	ehem. Jamiat-e Islami	Iran, USA
Mohammad Atta	Mazar-i Sharif, Nordost-Afghanistan	Jamiat-e Islami	Gen. Fahim, Tajikistan
Mohammad Fahim	Panjshir, Kabul	Jamiat-e Islami	Russland, ATA
Mohammad Mohaqeq	Kabul, Bamyan	Hizb-e Wahdad	Iran, ATA
Qari Baba	Ghazni		
Pacha Khan Zadran	Khost, Paktia, Paktika		bis 2002 USA, z.Zt. ?
Sibghatullah Mojadeddi	Kabul	Jabha-ye Nejat-e Milli	Pakistan
Yunis Khalis	Jalalabad, Nangarhar	Hizb-e Islami-ye Khalis	Pakistan (ISI), al-Qaida

* ATA = Afghanistan Transitional Administration (Kabuler Übergangsregierung).

Glatzer, Bernd (2002). Studien zur Länderbezogenen Konfliktanalyse: Afghanistan im Auftrag der Friedrich-Ebert Stiftung und der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit In: http://bglatzer.de/aga/files/afgh_konfl.pdf

Es ist nicht außer Acht zu lassen dass die Warlords zwar kurzfristig materielle Vorteile für ihre Region bringen, dadurch aber die Integration und den Staatsaufbau Afghanistans schwer behindern. Rechtstaatlichkeit und Rechtssicherheit können sich unter ihrer Herrschaft nicht entfalten. Rechtssicherheit ist aber nicht nur für ein menschenwürdiges Leben der Zivilbevölkerung unabdingbar, sondern auch die absolute Voraussetzung für eine

wirtschaftliche Erholung des ganzen Landes, denn nur dann sind afghanische und auch ausländische Investoren bereit, ihr Kapital in Afghanistan anzulegen.³

Ethnisch kulturelle Spannungen und religiöse Überzeugungen, welche von Herfried Münkler als Charakteristika der neuen Kriege angeführt werden, dienen den angeführten Akteuren als Ressource zur Mobilisierung von Unterstützungsbereitschaft.⁴ Entscheidend ist auch, dass diese Kriege nur geführt werden können, weil die Vielzahl an Akteuren und Interessensgruppen sich von einem dauerhaften Verzicht auf Gewalt mehr Nach als Vorteile erwarten und denen daher am Frieden nichts gelegen ist.

Neben einer Vielzahl an Interessensgruppen sind typische Kennzeichen der „neuen Kriege“, wie sie Münkler bezeichnet, unter anderem, dass es keinen Anfang und kein Ende gibt, die Kriege werden nicht geführt, sie „schwelen“ dahin.⁵ Zeitweise scheinen sie bereits eingeschlafen, bis die Gewalt dann wieder hervorbricht. Letztlich bestehen diese Kriege aus einer Reihe von verschiedenen Kriegen, die aufeinander folgen und ineinander übergehen. Der Friedensschluss scheint daher umso schwieriger. Ein ähnlicher Ablauf ist auch in Afghanistan zu verzeichnen. Der Krieg in Afghanistan wird, sollte er denn jetzt tatsächlich zu Ende sein, 24 Jahre gedauert haben.

Kriegsökonomie

Eine funktionierende Landwirtschaft ist in weiten Landesteilen Afghanistans schon seit Jahren kaum noch möglich, da die dafür zumeist nötigen Bewässerungsmöglichkeiten fehlen. Durch die zahlreichen Bombardierungen aus der Luft und Kampfhandlungen am Boden wurden große Teile der Infrastruktur zerstört oder schwer beschädigt. Bewässerungssysteme für die Landwirtschaft, Straßen und Verkehrswege, die ohnehin wenigen Industriebetriebe, Kommunikationswege und Energieversorgung wurden schwer getroffen. Große Teile des Landes sind noch heute mit Landminen gepflastert. All das führte zu beträchtlichen Einschränkungen jeglicher wirtschaftlicher Tätigkeit.

Die wirtschaftlich destruktiven Auswirkungen des Krieges konnten in Afghanistan nur durch zwei gegenläufige Effekte kompensiert werden: durch die Umstellung von landwirtschaftlichen Produktionsflächen auf die Erzeugung von Opium (Mohnanbau) und die Weiterverarbeitung zu Heroin; und zum Zweiten durch den Waffenhandel.

³ Glatzer, Bernt (2002). Studien zur Länderbezogenen Konfliktanalyse: Afghanistan im Auftrag der Friedrich-Ebert Stiftung und der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit. In: http://bglatzer.de/aga/files/afgh_konfl.pdf

⁴ Vgl. Münkler, Herfried (2002). S 15

⁵ Vgl. Münkler, Herfried (2002). S. 43ff

Mit kleinen, leicht zu transportierenden Mengen an Roh-Opium können die Bauern somit weit mehr verdienen als mit ihren traditionellen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, deren Herstellung ohnehin immer schwieriger oder ganz unmöglich geworden ist. Dass auch kriminelle Banden und die Mudschaheddin- Parteien - die Parteien der heutigen "Nordallianz" - den Drogenhandel als attraktive Geldquelle erkannten, kam hinzu.

Den zweiten Faktor der Kriegswirtschaft, die an die Stelle der zusammengebrochenen Wirtschaftsstrukturen trat, bildet der Waffenhandel. Der Krieg, und insbesondere seine großzügige Finanzierung von außen durch die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, brachte große Mengen an Militärgut ins Land. Solche Ausprägungen des Waffenhandels sind aus nahe liegenden Gründen ein häufiger Bestandteil von Kriegswirtschaften. In Afghanistan wurden Drogenhandel und Krieg auf diese Weise schon vor Jahren nach und nach zu den wichtigsten Erwerbsquellen der Bevölkerung: Arbeit ließ sich vor allem bei den Milizen und Warlords finden, und mit dem Zusammenbruch der zivilen Ökonomie konnte die Bevölkerung - neben dem Schmuggel - eigentlich nur noch durch Handel mit Opium, Heroin und Waffen gute Geschäfte machen.

So setzt sich eine Dynamik in Gang, die sich selbst verstärkt: Zuerst wurden Arbeitskräfte und Ressourcen aus der funktionsunfähigen Zivilwirtschaft in die Kriegsökonomie gedrängt. Dann saugte die aufblühende Kriegsökonomie weitere zivile Ressourcen ab, da sie weit dynamischer war und lukrativere Einkommensmöglichkeiten versprach. Dadurch jedoch blutete der zivile Sektor noch zusätzlich aus. Ihr Nachteil liegt in der Tatsache, dass die Kriegsökonomie nicht länger vermochte, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Die Grundversorgung musste zunehmend von außen, etwa über die Uno oder humanitäre Hilfsorganisationen, sichergestellt werden.

Ein Schlüsselproblem der Kriegsökonomien besteht fast immer darin, dass sie sich verselbstständigen und somit die Beendigung des Krieges behindern oder gar ausschließen. Wenn die einzigen nennenswerten Einnahmequellen eines Landes, seiner Bevölkerung oder seiner Machteliten direkt oder indirekt aus dem Krieg resultieren, während die zivilen Verdienstmöglichkeiten zerstört wurden - dann ist die Rückkehr zum Frieden besonders schwer.

Afghanistan – Sowjetunion: Die Beziehungen vor dem Einmarsch 1979

Durch die geographische Nähe hatten Afghanistan und Russland - bzw. die Sowjetunion - im Laufe der Geschichte immer eine relativ enge Beziehung miteinander, die zwischen Freundschaft und Krieg bzw. Spannungen variierte. Nach der Unabhängigkeit Afghanistans 1919 war Russland eines der ersten Länder, das diese Unabhängigkeit anerkannte und sich um enge Verbindungen mit dem Nachbarstaat im Süden bemühte. Bereits 1921 unterschrieben die beiden Länder einen Freundschaftsvertrag, der 1926 in einen Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag erweitert wurde. Die Laufzeit betrug zunächst 3 Jahre, wurde aber immer wieder verlängert, zuletzt 1975 um 10 Jahre.⁶ 1948 ersuchte Afghanistan erstmals offiziell Hilfe bei der sowjetischen Regierung in dem Konflikt mit Pakistan über das ungelöste Paschtunistan- Problem. 1954 startet ein Kreditabkommen der UdSSR für Afghanistan im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms in Höhe von 697 Mio. US-Dollar, das bis 1977 auf 740 Millionen US-Dollar erweitert wird.⁷ 1956 schloss Afghanistan einen Waffenlieferungsvertrag mit der UdSSR und der CSSR über 25 Mio. US-Dollar.⁸ Ebenfalls in diesem Jahr begannen sowjetische Wissenschaftler mit der Erforschung afghanischer Rohstoffvorkommen zur Energiegewinnung. Unter der Regierung Dauds von 1953-1963 und 1973-1978 betrieb Afghanistan über lange Jahre hinweg eine an die UdSSR angelehnte Politik und änderte erst Anfang 1978 kurz vor seinem Sturz den Kurs von Moskau weg in Richtung arabische Welt und Iran aufgrund des dortigen Reichtums und der damit verbundenen Hilfgelder für Afghanistan, die die der Sowjetunion mittlerweile stark übertrafen.⁹

Nach der Aprilrevolution und dem darauf folgenden Regierungswechsel näherte sich die neue afghanische Führung der Sowjetunion wieder an und bei einem Staatsbesuch des Präsidenten Taraki in Moskau 1978 wurde die Neutralitäts- und Nichtangriffs-, sowie die Waffenlieferungsverträge erneuert.

Die Saur-Revolution und ihre Folgen

Für die Undurchsichtigkeit der sowjetischen Politik war bezeichnend, dass in den Tagen nach dem Staatsstreich von politischen Beobachtern in Kabul auch die Meinung grassierte, dass der Kreml den ineffektiven Taraki fallengelassen hatte und den Gang der Dinge so gesteuert hatte, dass der brutālere Amin als Sieger aus der Konfrontation hervorging,

⁶ Vgl. Behrens 1982, 38

⁷ Vogel 1980, 368ff.

⁸ Vogel 1980, 369

⁹ Magnus 1998, 58ff.

hoffend, dass er den zwischenzeitlich überall entbrannten Aufstand erfolgreicher bekämpfen würde. Dies war nicht aus auszuschließen, doch wahrscheinlicher, nach Meinung von BERG, dass die Sowjets dem neuen Staatspräsidenten wegen seiner angeblich nationalkommunistischen Politik nicht trauten und ihn als Unsicherheitsfaktor ausschalten wollten, währenddessen sie Taraki als vertrauenswürdig hielten. Dennoch gratulierte der Kreml dem neuen Präsidenten. Doch es dauerte nur kurze Zeit, bevor die Regierung Amins stürzte.

Die Invasion der Sowjets und ihre Vorbereitung

Im Herbst 1979, kurz nach der Amtsübernahme Amins, wurde deutlich, dass früher oder später die Widerstandsgruppen in Afghanistan über die Regierung triumphieren würden.²⁴ Die sowjetische Regierung musste sich nun zwischen Rückzug oder Intervention entscheiden.

Moskau hatte seine Haltung gegenüber der Intervention in die Afghanistankrise erst geändert, als Amin zum Alleinherrscher wurde. Unter seinem Terrorregime drohte der Zusammenbruch der afghanischen Regierung. Weiter ausschlaggebend für die Sowjets dürfte die Tatsache sein, dass Amin sich nach seiner Machtübernahme provokativ den USA zugewendet hatte. Die UdSSR begründete die Invasion mit der Beistandspflicht die im afghanisch-sowjetischen Vertrag vom 5. Dezember 1978 vorgesehen war. Afghanistan hatte den mächtigen Nachbar um Hilfe gebeten und diese hatte man nun geleistet.¹⁰ Anfang Dezember unterrichtete Verteidigungsminister Ustinov die bis dahin ahnungslose oberste Armeeführung über die Intervention, die schließlich am 27.12.1979 erfolgte.

Bereits am 21. September 1979 reagierte die Kremsführung und es erging der Marschbefehl für zehn Kompanien, die auf den Militärflughäfen Kabul und Bagram landeten. Hierbei handelte es sich um eine vorläufig noch begrenzte Invasion. Am 2. Dezember kam der stellvertretende Innenminister Paputin nach Kabul, um Amin zum Rücktritt zu bewegen. Zwischenzeitlich brachten kleine Luftbrücken immer mehr Sowjetmilitär ins Land. Ein Annäherungsversuch Amins an die USA und Pakistan scheiterte, da sein Tod bereits in Moskau beschlossen war.

Die Invasion fand zeitpunktmäßig günstig, nämlich über Weihnachten, statt. Die USA waren keine Hilfe für Afghanistan, da sie mit den Geiseln in der besetzten Teheraner Botschaft beschäftigt waren. Am 25. Dezember wurden die Anhänger Karmals aus den Gefängnissen befreit, der politische Umsturz hatte begonnen.

Am 27. Dezember erschien Paputin nochmals bei Amin und wollte eine Unterschrift auf ein vorbereitetes Papier, wonach die Sowjets offiziell eingeladen worden wären. Paputin wurde

¹⁰ Vgl. Pohly 1991, 22

als Geisel genommen und erschossen. Die Sowjets wollten Amin lebend, um die Unterschrift für die offizielle Einladung der sowjetischen Armee zu erhalten, jedoch ein Revolutionsgericht ließ Amin hinrichten. Nun wurde Babrak Karmal nach Kabul aus dem tschechoslowakischen Exil gebracht. Nun waren wieder die Parchamis an der Macht, jedoch war bald klar, wer geputscht hatte und die Einsetzung Karmals geschah nur dank sowjetischer Hilfe. Breschnew berief sich auf Artikel vier des von ihm und Taraki zuvor unterzeichneten Freundschaftspaktes und auf das in der Charta der UNO verankerte Recht der Kollektivverteidigung. Von äußerer Einmischung wurde nur seitens der Sowjetunion gesprochen, die sich um weitere Rechtfertigung dafür bemühte. Es setzte eine weltweite Protestwelle gegen die Sowjetunion ein, sogar die jahrelang von Moskau gehegte Version für eine blockfreie Dritte Welt ging in Brüche und auch die Entspannungspolitik gegenüber den westlichen Staatengruppen. Daraufhin versuchte man die Invasionsgeschichte zu fälschen; Karmal soll früher in Kabul eingetroffen sein und die Sowjets um Hilfe ersucht haben! Afghanistan wehrte sich schon immer gegen Fremdherrschaft und 1857 ließ Karl Marx den Lesern einer US-Zeitung wissen, „dass die Afghanen in den Russen den ewigen Feind ihrer Religion sehen und einen Riesen, der Asien zu verschlingen drohte.“ Ein so Weitgereister Globetrotter wie der russische Außenminister Gromyko hätte wissen müssen, dass ein militärischer Einfall in Afghanistan auch, und speziell in der Dritten Welt, um dessen Sympathie sich die Sowjetunion so bemühte, und ganz besonders in den islamischen Ländern, eine Welle der Empörung auslösen würde! Wie konnte der KGB die politische Stimmung gegen die Kommunisten in Kabul so falsch einschätzen? Wahrscheinlich fürchtete der Kreml eine Islamisierung seiner muslimisch geprägten, zentralasiatischen Sowjetrepubliken Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Kirgisien und des transkaukasischen Aserbeidschan.

Mögliche Gründe und Ziele des Einmarsches

Als am 2.01.1980 der Einmarsch der sowjetischen Truppen durch das Politbüro der KPdSU offiziell bestätigt wurde, lieferten die Sowjets drei Beweggründe für die Intervention:

- a) Das Hilfeersuchen der afghanischen Regierung
- b) Die Beistandverpflichtung der UdSSR aufgrund eines sowjetisch-afghanischen Vertrages vom 5.12.1978
- c) Die Entscheidung zur kollektiven Selbstverteidigung aufgrund des Artikels 51 der UN-Charta. 11

¹¹ Behrens 1982, 66

Mögliche Gründe des Einmarsches könnte außerdem die Ablehnung Amins zur Errichtung sowjetischer Militärbasen in Afghanistan sein, ein bevorstehendes Eindringen von in China ausgebildeten Rebellenverbände und sich von den Russen zu befreien und mit Hilfe Pakistans ins Einvernehmen mit den Amerikanern zu kommen. Beim Versuch, sich von den Sowjets zu lösen, sahen die Sowjets ihren Einfluss schwinden. Am wahrscheinlichsten erscheint als Begründung die Zerschlagung der islamischen Revolution, ehe diese sich noch weiter ausbreiten konnte und über Afghanistan die moslemischen Sowjetrepubliken erreichen könnte. Laut Breschnew und Gromyko habe sich die Sowjetunion durch ihr Einschreiten gegen Amins Unterdrückungspolitik als ein Freund der Völker der muslimischen Welt erwiesen. Die Sowjets handelten schon deswegen, dass die Kontrolle über die islamische Bewegung langfristig deshalb notwendig sei, weil sonst dem Regieren auf der Basis des Leninismus-Marxismus ein Schlag versetzt werden könnte, der nicht gewollt wäre. Amin verfolgte schon länger eine nationalistisch-progressive Politik, die in der Sowjetunion abgelehnt wurde.

Moskau hat sich nicht verkalkuliert im Falle Afghanistans, sondern das islamische Erwachen konnte nicht vorhergesehen werden. Außerdem hatte die Sowjetunion schon zu viele Fehler in der Vergangenheit gemacht wie die Beispiele Ungarn, Tschechoslowakei, Belutschistan, Paschtunistan, Pakistan, Kaschmir, Iran usw. zeigen.

Der Kreml erkannte zu spät, welche Krise durch den Einmarsch entstanden war und aus Moskaus Afghanistankrise entwickelte sich eine Weltkrise zwischen den USA und der Sowjetunion.

Man dachte an, dass die Sowjets die Expansionspolitik des Zarenreiches im vorigen Jahrhundert fortführen wolle, um über Afghanistan und das benachbarte Belutschistan eine Landverbindung zu einem am Arabischen Meer oder Indischen Ozean liegenden Warmwasserhafen zu bekommen und außerdem militärische Stützpunkte im Hinterland der Golfregion zu gewinnen.

Andererseits befürchteten die Sowjets beim Scheitern ihrer kommunistischen Revolution eine Schwächung der eigenen Vormachtsposition innerhalb des kommunistischen Machtblocks. Ein weiterer Grund erklärte das sowjetische Vorgehen damit, dass Moskau schon mit Sorge die Annäherung zwischen den USA und der VR China verfolgt. Als amerikanische Antwort auf die Irankrise hatte es eine verstärkte militärische Präsenz der USA in der Golfregion erwartet; dies hätte eine Beschränkung des sowjetischen Einflusses bedeutet.

Gründe für die sowjetische Kursänderung und Wende in der Afghanistanpolitik

Am 22. Februar 1980 griffen Aufstände auf die städtischen Bezirke (inklusive Kabul) über, was einen Generalstreik auslöste. Die Regierung Karmal sah sich gezwungen das Kriegsrecht über Kabul zu verhängen. Nur durch die Sowjetunion konnte der Sturz der Regierung verhindert werden. Daraufhin nahmen die Sowjets die komplette Verwaltung in die Hand, was den Abzug der Roten Armee nun ausschloss.

Mitte März war die Sowjetarmee bereits so weit, nur mehr die größeren Städte zu halten und sich auf die Bewachung der strategisch wichtigen Bereiche konzentrierte.

Der Kreml lud den afghanischen Außenminister Dost nach Moskau ein. Dieser unterschrieb einen Truppenstationierungsvertrag, der die provisorische Anwesenheit sowjetischer Truppen in Afghanistan festschrieb. Das war die sowjetische Antwort auf alle Neutralisierungs- und Blockfreiheitspläne für Afghanistan. Sieben sowjetische Kommandozentralen gab es in Afghanistan und ungefähr 100.000 Mann sowjetischer Truppen waren stationiert.

Zu Beginn wurde Afghanistan, wie Vietnam von den USA, als Experimentierfeld für neue Waffen und Geräte angesehen. Aber die Sowjets machten zwei große Fehler: Die Bereitwilligkeit der afghanischen Armee und der des afghanischen Widerstands wurden falsch eingeschätzt, wodurch zu wenig sowjetische Truppen entsandt wurden. Aber dieser Fehler konnte nicht ausgebessert werden, da bei einer weiteren Entsendung sowjetischer Truppen eine ernste Situation des Westens heraufbeschwört hätte werden können. Weitere Fehler waren, dass Babrak Karmal keinen Rückhalt in der Bevölkerung erreichen konnte und von den Sowjets nur Soldaten aus den zentralasiatischen Sowjetrepubliken geschickt wurden. Diese jedoch verbrüderten sich teilweise mit den afghanischen Usbeken, Turkmenen und Tadschiken. Daraufhin musste die sowjetische Generalität die alten Besatzungssoldaten gegen Soldaten russischen Couleurs austauschen.

Ein weiteres Problem war der Alkohol und das Rauschgift, das in jeder nur erdenklichen Menge vorhanden war, und viele Soldaten ihre Ausrüstung verkauften, um Rauschgift zu bekommen.

1986 verloren die Invasoren auch ihre Lufthoheit, nachdem die Mujaheddin mit amerikanischen Stingerraketen ausgerüstet worden waren.

Die immer deutlicher werdende militärische Remisstellung und hohe Verluste der Sowjetarmee veranlasste die Kremelführung schließlich dazu, 1986 verstärkt nach einer politischen Lösung zu suchen.

Machtwechsel in Moskau und Veränderung in der Afghanistan-Politik

Gorbatschew war 1985 der neue Machthaber im Kreml geworden. Er drängte zuerst durch einen verstärkten Waffengang das Afghanistanproblem zu lösen und dazu gab er dem neuen Armeegeneral Saizew maximal zwei Jahre Zeit. Babrak Karmal wurde im Mai 1986 entmachtet und Nadjibullah wurde sein Nachfolger. Am 1. Jänner 1987 stellte Nadjibullah sein Programm vor und setzte einen sechsmonatigen Waffenstillstand fest. Außerdem wurde für alle zurückkehrenden Afghanen eine Generalamnestie eingeführt. Jedoch die Widerstandskämpfer akzeptierten dies nur unter der Bedingung des sowjetischen Abzugs aus Afghanistan und einem Rücktritt Nadjibullahs.

Bei der achten Genfer UNO-Gesprächsrunde am 25. Februar 1987 kam es zu einer Annäherung zwischen Kabul und Islamabad betreffend eines sowjetischen Truppenabzugs bis Ende 1988. Nun war auch der Kreml mit einer Koalitionsregierung unter der Führung des im italienischen Exil lebenden König Zahir Schah einverstanden. Dies lehnte jedoch der radikale Fundamentalist Hekmatyar ab.

Nachdem keine Fortschritte in Genf erzielt wurden, nahmen die Sowjetunion und die USA ihren Verbündeten die Entscheidungen ab und stellten sie vor vollendeten Tatsachen: Der sowjetische Außenminister Schewardnadse ließ seinem amerikanischen Kollegen Schultz am 15. September 1987 vom Abzug der sowjetischen Truppen innerhalb von zwölf Monaten wissen, egal ob die Versöhnungspolitik Erfolg hatte oder nicht. Für die Sowjets war dieses Disengagement ein Bruch sowohl mit den imperialistischen Bestrebungen des Zarenreichs als auch mit der expansiven Politik des Weltkommunismus.

Am 8. Februar 1988 waren die Regierungen der Sowjetunion und Afghanistans übereingekommen, den 15. Mai 1988 als Beginn für den Abzug der sowjetischen Truppen festzusetzen.

Im Zuge des innenpolitischen Wandels in der UdSSR sowie der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes und nach Verhandlungen mit den USA unter Vermittlung des UNO-Generalsekretärs zogen sich die sowjetischen Truppen also 1989 zurück. Nach diesem Abzug gelang es Präsident Nadjibullah zunächst durch ein kompliziertes Ausbalancieren der widerstrebenden Kräfte seines Lagers, sich selbst weiter an der Macht zu halten und sich gegen die angreifenden Mudjaheddinverbände zu behaupten. Dabei kam ihm zugute, dass sich die Mudschaheddien-Organisationen durch interne Machtkämpfe selbst schwächten. Die komplizierte Machtbalance konnte allerdings nur so lange funktionieren, wie Nadschibullahs Regierung genügend finanzielle Mittel und Waffen aus der UdSSR erhielt. Als diese aufgrund der Veränderungen in der UdSSR und in Abstimmung mit den USA ab Herbst 1991 ausblieben, war das Schicksal der afghanischen Regierung besiegelt.

Ausbleibende Geldzuwendungen und die Bereitschaft Nadjibullahs, im Rahmen des UN-Plans zur Befriedung des Konflikts bis spätestens Ende April 1992 auf sein Amt zu verzichten, waren für die meisten regierungsloyalen Kräfte der Anlass, sich mit den Mudschaheddin zu arrangieren; unter ihnen auch Abdul Rashid Dostam, Führer der kampfstärksten, usbekischen Miliz. Mitte April 1992 konnte Nadjibullah gestürzt werden, da die nicht-paschtunischen Kräfte einer vorübergehenden Allianz eingegangen waren. Je nach lokaler Präsenz übernahmen einzelne Mudjaheddin-Organisationen die Macht: Teils kontrollierte eine Organisation eine ganze Stadt oder Region, teils teilten die Kräfte einzelne Stadtviertel unter sich auf, in einigen Fällen kam es zu kurzen Machtkämpfen.¹²

Akteure II

Bis in die siebziger Jahre entsprach Afghanistans politische Tradition seinen geographischen und topographischen Gegebenheiten. Ebenso wie das Land war auch die politische Macht sehr zersplittert. Tonangebend waren vor allem die Stammesoberhäupter, die traditionellen Anführer eines Dorfes oder religiöse Führer. Der Regierung in Kabul kam eine geringere Rolle zu, da es keine grundlegende Staatstätigkeit ohne Einflussnahme der Stämme gab. Die Warlords der einzelnen Provinzen kontrollierten und garantierten der Bevölkerung Sicherheit. Im Gegenzug dafür zogen sie Steuern ein und lösten so die staatliche Zentralmacht ab und etablierten sich selbst als lokale oder regionale „Kriegsfürsten“.

Nach dem Staatsstreich unter der Führung der sowjetfreundlichen PDPA im April 1978 und der sowjetischen Invasion im Dezember 1979 übernahmen kommunistische Regime bis April 1992 die Macht in Afghanistan (1979-1986 Babrak Karmal, 1986-1992 Dr. Naji Bullah). Nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen im Februar 1989 und dem Wegfall jeglicher sowjetischer Hilfeleistungen im August 1991 kollabierten das Regime Naji Bullahs und die Herrschaft der PDPA im April 1992.

Der Abzug der sowjetischen Truppen und die Übernahme der Hauptstadt Kabul durch die Mudschaheddin unter Ahmad Shah Masud stellte den Beginn einer islamistischen Regierung unter Präsident Burhanuddin Rabbani dar, welcher eine zentrale Regierung in Kabul vom Juni 1992 bis September 1996 bildete und danach durch das Talibanregime abgelöst wurde.

¹² Vgl. http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/141_afghanistan: [9.1.2004]

Hauptakteure

Demokratische Volkspartei Afghanistans (PDPA)

Im Jahre 1978 wurde durch "April-Revolution" die wenig erfolgreiche Regierung unter Präsident Mohammad Daoud mit Hilfe der PDPA gestürzt. Diese Revolution war jedoch kein klassischer Staatsstreich, denn die Revolutionspartei war kaum im Land verankert. Ihre soziale Basis bestand im wesentlichen aus Intellektuelle, Studenten, Staatsbeamte, Lehrer oder Offiziere.

Im Gegensatz zu ihrem sozioökonomischen Programm (Förderung der Gleichberechtigung der Minderheiten, Emanzipation der Frau und Erziehung für alle) verstanden sie sich als marxistisch-leninistische Kaderpartei, die großen Wert auf enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion legte und die die Vielzahl der ethnischen, religiösen und tribal eigenständigen Herrschaftsbereiche im Land gewaltsam in einen einheitlichen sozialistischen Staat umwandeln wollte. Die PDPA war entschlossen, das Land tatsächlich zu regieren, und leitete einen forcierten Modernisierungskurs ein, wobei sie jedoch die Mentalität der Bevölkerung ebenso wie die tiefe Verwurzelung und Stärke der ethnischen und religiösen Traditionen außer Acht ließ. Die wachsende Unzufriedenheit, welche die PDPA - später in Watan-Partei (Partei des Vaterlandes) umbenannt – mit Gewalt brechen wollte, verwandelte sich schnell in eine wachsende Opposition bewaffneten Widerstandes. Und so sollte ihre Rolle als Regierungspartei lediglich bis zum August 1991 dauern.

Taliban

Unterstützt und ausgerüstet durch den pakistanischen Geheimdienst ISI formierte sich im Herbst 1994 in den Koranschulen - Medressah – (Die pakistanische Regierung hat politisch-strategischen Gründen in manchen dieser Schulen viele Kinder der paschtunischen Flüchtlinge, neben dem Religionsunterricht auch militärisch ausgebildet) der afghanischen Flüchtlingslager in Pakistan die von Paschtunen dominierte Taliban, mit dem Ziel die Willkür und Gewaltherrschaft der Warlords in Afghanistan zu beenden und einen islamischen Staat zu errichten. Aufgrund der guten materiellen und finanziellen Ausstattung durch Pakistan kontrollierten die Taliban schnell den Süden und Südwesten (somit fast die Hälfte des afghanischen Territoriums) des Landes, wobei ihr Vormarsch auch nicht von einem Bündnis zwischen Präsident Rabbani und dessen Erzrivalen Gulbuddin Hekmatyar nicht gestoppt werden konnte. Nachdem sie im September auch das schiitische Herat im Westen des Landes einnehmen konnten und am 27. September 1996 Kabul besetzten, dehnten sie nun die Herrschaft auf ganz Afghanistan aus.

Bei dieser Machtübernahme wurden die besiegten Kampfverbände der einzelnen Mujaheddin-Fraktionen nicht einfach zerschlagen, sondern die Taliban inkorporierten diese in die eigenen Reihen. Damit entsprach die Struktur der Taliban, der einer Miliz und hatte keine Ähnlichkeit mit einer regulären Armee. Der Staatsapparat selbst diente den Taliban lediglich als Instrument für ihren klientelistischen Machterhalt.

Unter der Herrschaft der Taliban entwickelte sich Afghanistan zur Drehscheibe muslimischer Kämpfer, die in militärischen Ausbildungscamps trainiert wurden, zwischen den einzelnen Krisenherden Zentralasiens, welche im Gegenzug die Taliban bei ihrem Kampf gegen die Nordallianz finanziell unterstützte.

Die Wirtschaft unter den Taliban kann als eine Gewaltökonomie bezeichnet werden. Denn abgesehen von Heroin wurden keine Güter im Land selbst produziert und des weiteren florierte in Afghanistan zu dieser Zeit auch besonders der internationale Schmuggel. Die Gewinne aus dieser Ökonomie wurde jedoch nicht in den Wiederaufbau des Landes – auch die Aufgaben im sozialen und infrastrukturellem Bereich wurden an NGOs und an ausländische Geldgeber weitergegeben – investiert, sondern füllten die leeren Kriegskassen für den Konflikt mit dem „Norden“.

Das Taliban-Regime wurde lediglich durch die Regierungen der Staaten Pakistan, Saudi Arabien und die der Vereinigten Arabischen Emirate anerkannt, was angesichts des kontinuierlichen ökonomischen und sozialen Niedergangs Afghanistans, den unzähligen Menschenrechtsverletzungen und den unwürdigen Lebensbedingung vor allem für Frauen nicht verwundert. So hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bereits in den Resolutionen Nr. 1267 im Jahr 1999 und Nr. 1333 im Jahr 2000 Maßnahmen gegen die Gewaltherrschaft der Taliban beschlossen. Den von der UNO verhängten Embargos, schloss sich auch die EU an, und regelte in der Verordnung Nr. 467/2001 „... *die Bestimmungen über die Ausweitung des Einfrierens von Gelder und anderen Finanzmitteln betreffend die afghanischen Taliban ...*“

Nordallianz

Die Nordallianz ist hauptsächlich ein Verband usbekischer und tadschikischer Kämpfer, die sich tatkräftiger Hilfe aus der ehemaligen Sowjetrepublik Usbekistan, einem eigenständiger Staat aus der zerfallenen Sowjetunion, bedienen. Der Grund für den Zusammenschluss der ehemals rivalisierenden Gruppierungen von Mujaheddin im Jahre 1996 zu diesem „nordischen“ Zweckbündnis, war vor allem um den Vormarsch der Taliban zu stoppen. . Ihr Operationsgebiet lag zur Zeit der Taliban im Norden, in Teilen des Zentralmassivs und im

Nordosten Afghanistans. Das heterogene Bündnis setzt sich aus sieben Parteien zusammen, die deutliche ethnische und religiöse Unterschiede aufweisen und sich im Wesentlichen aus den oben angeführten Minderheiten des Landes rekrutieren. Die Anführer sind Kriegsherren und Befehlshaber, die sich während des Bürgerkriegs gegenseitig bekämpft haben. Im Zuge der „Befreiung“ Afghanistans durch die USA wurde die Nordallianz ebenfalls involviert, und erhielt massive Unterstützung durch Amerika und andere Staaten (Iran und Indien). Sie konnte den Vormarsch der Taliban jedoch nicht stoppen und wurde von diesen weiter nach Norden zurückgedrängt.

In dieser Gruppierung dominieren die Tadschiken unter der Führung von Kommandant Ahmad Shah Masud, der am 9. September 2001 ermordet wurde. Der usbekische Führer ist General Raschid Dostom, von der Jumbesh-i-Milli Islam.

Im Norden Afghanistans sind alle ethnischen Gruppierungen vertreten, wobei der Paschtunenanteil sehr gering ist. Der langjährige erbitterte Widerstand der nördlichen Provinzen resultiert aus der Tatsache, dass die lokale Bevölkerung eine totale Dominierung der Paschtunen und damit auch die Gewaltherrschaft der Taliban fürchtete. Die „Nordallianz“ unter General Raschid Dostam, von der Jumbesh-i-Milli Islam war hauptsächlich ein Verband usbekischer und tadschikischer Kämpfer, die sich tatkräftiger Hilfe aus der ehemaligen Sowjetrepublik Usbekistan, einem eigenständiger Staat aus der zerfallenen Sowjetunion, bedienen konnten.

Dschihad – Organisationen

Diese Gruppierungen sind externe Akteure, die sich mittel- und unmittelbar am Konflikt in Afghanistan beteiligt haben: Teilweise fremdfinanziert (Hauptfinanziers waren die arabischen Länder Saudi Arabien, Iran, Irak, Libyen und Kuwait)

Jaish-e-Mohammed (JEM)

Die JEM wurde in Pakistan durch Maulana Masud Azhar nach seinem Bruch mit der HUM im Februar 2000 gegründet. Das Ziel der Gruppierung ist Kaschmir mit Pakistan zu vereinigen. Die JEM hat mehrere hundert bewaffnete Unterstützer und unterhielt bis 2001 Trainingslager in Afghanistan.

Harkat-ul-Mujahideen (HUM)

Die HUM ist eine islamistische militante Gruppierung unter der Führung von Maulana Masud Azhar, die in Pakistan gegründet wurde und primär in Kaschmir tätig werden. In Pakistan sowie in Kaschmir befinden sich mehrere tausend Anhänger u. a. afghanische und arabische

Kriegsveteranen. Bis zur Niederschlagung des Taliban-Regime unterhielt die HUM Ausbildungslager in Ostafghanistan.

Lashkar-e-Toiba (LET)

Die Lashkar-e-Toiba (LET) ist der militärischer Flügel der Markaz Dawa al Irshad (MDI), die 1987 gegründet wurde und deren Hauptquartier in Pakistan eingerichtet ist. (Gründer: Scheich Abdullah Azzam - Mentor und Leitfigur von Osama bin Laden)

Während die Markaz sich der religiösen Erziehung und sozialen Diensten widmet, bildete die Lashkar zunächst "heilige Krieger" für den Kampf in Afghanistan aus.

Ziel der MDI und LET ist die Errichtung eines universellen islamischen Staates mit der Sharia als alleingültige Rechtsordnung. Damit soll die heutige Zersplitterung der islamischen Welt in unterschiedliche Nationen überwunden werden, wobei dieser Kampf sowohl mit friedlichen Mitteln als auch mit Gewalt geführt werden soll.

- 📖 Adam, Werner : Unheilige Kriege im Herzen Asiens : Afghanistan und die Folgen. Wien, 2002
- 📖 Behrens, Henning. Die Afghanistan Intervention der UdSSR. München, 1982
- 📖 Berger, Silvia. Afghanistan - ein Land am Scheideweg: im Spiegel der aktuellen Ereignisse (Reihe Strategie und Konfliktforschung). Zurich, 2002
- 📖 Braun, Dieter/ Ziem, Karl. Afghanistan: Sowjetische Machtpolitik –Islamische Bestimmung. Baden-Baden 1997
- 📖 Doczy, Michael. Die Afghanistan-Krise. Diplomarbeit, Wien 1997
- 📖 Eichhorn, Christian. Afghanistan. Diplomarbeit, Wien 1993
- 📖 Glatzer, Bernt (2002). Studien zur Länderbezogenen Konfliktanalyse: Afghanistan im Auftrag der Friedrich-Ebert Stiftung und der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit In: http://bglatzer.de/aga/files/afgh_konfl.pdf
- 📖 Goodson, Larry P. Afghanistan's endless war: state failure, regional politics, and the rise of the Taliban. Seattle, 2001.
- 📖 Goodson, Larry P. Afghanistan's endless war: state failure, regional politics, and the rise. Washington, 2001
- 📖 Grevemeyer, Jan-Heeren. Afghanistan im 20.Jahrhundert. Berlin 1990
- 📖 Holl, Norbert Heinrich. Mission Afghanistan. Erfahrungen eines UNO-Diplomaten. München, 2002.
- 📖 Jaffrelot, Christophe. Pakistan – Nationalism without a Nation? New Delhi, New York, London, 2002.
- 📖 Krech, Hans. Der Afghanistan-Konflikt 2001. Berlin, 2001
- 📖 Magnus, Ralph H. Afghanistan: Mullah, Marx, and Mujahid. Boulder, 1998
- 📖 Maley, William (edit.). Afghanistan and the Taliban – The Rebirth of Fundamentalism? New Delhi, 2001.
- 📖 Monteiro, Athur (publish.). Afghanistan: Things fall apart – A Wordsmiths Compilation. New Delhi, 2002
- 📖 Münkler, Herfried. Die neuen Kriege. Reinbeck bei Hamburg, 2002
- 📖 Pohly, Michael. Krieg und Widerstand in Afghanistan: Ursachen und Verlauf seit 1978. Berlin, 1992
- 📖 Rasuly, Sarajuddin. Die politischen Eliten Afghanistans. Frankfurt-Berlin-Wien 1997
- 📖 Rasuly, Sarajuddin. Strukturwandel des politischen Systems: „Modernisierung“ in Afghanistan von 1919 bis 1973. Dissertation, Wien 1990

Internet

http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/141_afghanistan [09.01.2004]

www.gfbv.de/dokus/dossiers/afghanistan/delius_pog218.htm [07.01.2004]

<http://www.library.nps.navy.mil/home/tgp.htm> [04.01.2004]

www.zef.de/zefnews/No9-2-2002.dt.pdf [04.01.2004]

www2.rz.hu-berlin.de/asaf/iaaw/pdf/AfghanistanWeb.pdf [05.01.2004]

<http://www.hal9000.ch/afghanistan/Aschetterinternat.htm> [07.01.2004]

www.lib.utexas.edu/maps/afghanistan.html [07.01.2004]

<http://www.afghan-web.com/> [08.01.2004]

www.historik-hirschmann.de/Taliban.pdf [10.01.2004]

www.ict.org.il/articles/articledet.cfm?articleid=85 [10.01.2004]